

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung (Enth. SPD, LINKE) in der Sitzung des Finanzausschusses.

KTM Kemper sagte, er werde für seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen. Man teile jedoch die von den Kämmerern vorgebrachten Bedenken insbesondere bezüglich der Jugendamtsumlage. Seine Fraktion sehe aber auch die aktuelle Situation hinsichtlich der ukrainischen Flüchtlinge, die eine weitere Herausforderung und Belastung für die Jugendämter nach sich zieht.

Er kündige an, dass man bei der nächsten Verabschiedung des Kreishaushaltes nicht mehr zustimmen könne, da die Bedenken der Kämmerer zutreffend seien. Er bat die Verwaltung darauf zu schauen, in wieweit man den Kämmerern entgegenkommen könne.

Der Landrat sagte, die vorgetragene Sorge teile die Verwaltung ebenso. Die Entwicklung der Kosten im Kreisjugendamt werde man im Auge behalten. Er merkte an, dass die Situation bezüglich der Kostenentwicklung bei den Kindergärten, bei der Ganztagsbetreuung und bei der Tagespflege in allen anderen Kommunen mit eigenen Jugendämtern die gleiche sei. Das sei besorgniserregend.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.